

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

113. Sitzung

vom 30. August bis 3. September 2004  
in Tallinn und Helsinki

**Anwesende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)	Vorsitzende
Peter Eichstädt (SPD)	
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Ingrid Franzen (SPD)	i. V. von Thomas Rother
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Hermann Benker (SPD)	i. V. von Jutta Schümann
Peter Lehnert (CDU)	
Peter Jensen-Nissen (CDU)	i. V. von Klaus Schlie
Volker Nielsen (CDU)	i. V. von Dr. Johann Wadephul
Joachim Behm (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

**Weitere Abgeordnete**

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Informationsreise nach Tallinn und Helsinki**

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung am 30. August 2004 um 11:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

### **Informationsreise nach Tallinn und Helsinki**

#### **Dienstag, 31. August 2004 - Innenpolitik**

In einem Briefing durch in der **Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Estland** die stellvertretende Botschafterin in Estland, Frau Bettina Cadenbach, und den Referenten für Presse-, Kultur-, Rechts- und Konsularangelegenheiten, Herrn Carsten Wilms, wird der Ausschuss über die politische Situation Estlands, seine immer noch bestehenden Probleme im Verhältnis zum Nachbarstaat Russland und mit der im Land lebenden russischsprachigen Minderheit, die wirtschaftliche Entwicklung nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes und sein Justiz- und Rechtssystem informiert.

In dem anschließenden Gespräch mit den Abgeordneten wird deutlich, dass sich Estland bisher in erster Linie um die wirtschaftliche Konsolidierung des Landes gekümmert hat, es aber bisher wenige Anstrengungen gemacht hat, um ein umfassendes Sozialsystem im Land aufzubauen. Frau Cadenbach stellt unter anderem fest, das Arbeitslosengeld in Estland könne nur als sehr gering bezeichnet werden und die Situation der Krankenhäuser sei katastrophal, da die Regierung bisher die sozialen Fragen komplett ausgeklammert habe. Dies habe sie inzwischen jedoch erkannt und das Land stehe nunmehr vor der Frage, wie der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in Zukunft finanziert werden solle, ob zum Beispiel eine Erhöhung der Steuern, die jetzt bei 26 % lägen, festgelegt werden müsse. Auch die nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes rigoros durchgeführte Privatisierung auf allen Gebieten habe ihre Spuren im Land hinterlassen. Nunmehr erkenne der Staat langsam, dass es besser sei, bestimmte Dinge selbst in der Hand zu halten und für die Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten. Auch auf diesem Gebiet - so Frau Cadenbach weiter - finde deshalb jetzt ein Umdenken im Land statt.

Herr Georg Schuh, Verbindungsbeamter des BKA für Estland und Lettland, informiert sodann über den Aufbau der Polizei in Estland. Er führt unter anderem aus, Estland habe sich bei dem Aufbau seiner Polizei in erster Linie an skandinavischen Modellen orientiert, es gebe jedoch auch ein starkes Engagement von deutscher Seite, Estland insbesondere bei der technischen Ausstattung der Polizei zu unterstützen. Die Polizei in Estland und Deutschland arbeite auch auf operativem Gebiet eng zusammen, insbesondere bei der Verfolgung von estnischen Bankräubern, die in der letzten Zeit eine Serie von Banküberfällen in Deutschland verübt hätten.

Zusammenfassend stellt er fest, die Polizei in Estland könne als jung, innovativ, modern und von Technikelementen geprägt bezeichnet werden und sei völlig neu aufgebaut worden. Das Modell der Delegation von Verantwortlichkeit sei konsequent umgesetzt worden und die rechtlichen Voraussetzungen für eine konsequente Strafverfolgung seien in Estland wesentlich schneller als in den anderen baltischen Staaten geschaffen worden. Die Bezahlung der Polizisten in Estland sei inzwischen auf einen Stand angehoben worden, dass es für junge Leute auch attraktiv geworden sei, Polizist zu werden. Die technische Ausrüstung sei als relativ hoch zu bewerten, so habe Estland schon ein Digitalfunknetz aufgebaut. Dies alles - so resümiert Herr Schuh - habe auch dazu geführt, dass die Polizei in Estland inzwischen im Ansehen der Bevölkerung um einiges gestiegen sei und allgemein akzeptiert werde.

Anschließend besucht der Ausschuss die **estnische Zentralkriminalpolizei** und führt unter anderem mit Herrn Sergo Eelmäe Gespräche über den Aufbau, die Ausbildung und die technische Ausstattung der estnischen Polizei sowie Kriminalität im Ostseeraum.

Es schließt sich ein **Besuch der Polizeipräfektur Nord in Tallinn** an, bei dem sich der Ausschuss unter anderem über den Einsatz von Videotechnik in der Altstadt von Tallinn zur Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung informiert. Der Ausschuss wird bei seinem Besuch durch Herrn Andre Hansar, Polizeidirektor der Kriminalabteilung, begleitet.

Am Nachmittag beschäftigt sich der Ausschuss mit dem Thema **E-Government in Estland** und stattet dem **Sitz der estnischen Regierung im Stenbock-Haus** am Domberg einen Besuch ab. Herrn Sten Hansson, IT-Berater der Staatskanzlei, informiert den Ausschuss über die Anwendung der elektronischen Kommunikation im Bereich der Regierungsarbeit, insbesondere bei den wöchentlich stattfindenden Pressekonferenzen. Diese sind für jeden estnischen Bürger über das Internet live mitzuverfolgen. Im Kabinettsitzungszimmer der estnischen Regierung stellt AL Ülle Laur, zuständig für die Abteilung Infosysteme und Sachbearbeitung bei der estnischen Regierung, dem Ausschuss das elektronische Verwaltungssystem des estni-

schen Staates anhand eines PowerPoint-Vortrages (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) vor. Hieran schließt sich eine ausführliche Diskussion an.

### **Mittwoch, 1. September 2004**

Der Ausschuss ist zu Gast im **finnischen Innenministerium**. Nach einer kurzen Einführung zu Themen des Tages durch Herrn Christian Simon, Verbindungsbeamter des BKA für die nordischen Staaten, berichtet Herr Janne Koivukoski, Projektleiter in der Rettungsabteilung des Innenministeriums, über den Aufbau des Digitalfunknetzes für das Rettungswesen in Finnland mithilfe des „Virve-Projektes“. Mit seinen Ausführungen bezieht er sich auf einen PowerPoint-Vortrag, der dieser Niederschrift als Anlage (Anlage 2 zu dieser Niederschrift) beigelegt ist. Darüber hinaus stellt er die technischen Geräte der Firma Nokia, die bei den Rettungskräften für den digitalen Funk im Einsatz sind, dem Ausschuss theoretisch und praktisch vor.

Am Nachmittag diskutieren die Abgeordneten bei der **Polizei Helsinki** zum Thema Kriminalität/Verbrechensbekämpfung in Finnland und im Ostseeraum mit Vertretern der finnischen Polizei. Sie hören Referate zu den Themen „Die allgemeinen Methoden organisierter und internationaler Kriminalität“ durch Herrn Robin Lardot von der Polizeiabteilung des Innenministeriums, „Organisierte Kriminalität in Finnland und internationale Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden“ durch Herrn Markku Ryymin von der Kriminalpolizei, zur „Kriminalität in Helsinki“ durch Herrn Juha Laaksonen von der Polizeidirektion Helsinki und zum Thema „Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und die Methoden“ durch Herrn Jari Pynnönen von der Polizeidirektion Helsinki.

### **Donnerstag, 2. September 2004**

Der Ausschuss besucht die estnische Universitätsstadt Tartu und besichtigt zunächst den **estnischen Staatsgerichtshof** und führt ein Gespräch mit Herrn Eerik Kergandberg, Richter am obersten Gericht Estlands und Mitglied des Staatsgerichtshofes, unter anderem zum Justiz-TWINNING-Projekt zwischen Schleswig-Holstein und Estland, dem „neuen“ Verfassungsrecht Estlands nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, das estnische Gerichtswesen, die Richterberufung in Estland und die Anerkennung des Justizwesens in der estnischen Bevölkerung.

Herr Kergandberg führt unter anderem aus, dass Estland sich zwar bei der Schaffung des materiellen Rechts nach seiner Wiedererlangung sehr stark unter anderem an dem deutschen materiellen Recht orientiert habe, insbesondere im Bereich des Zivil- und des Strafrechts, das

System der Besetzung der Richterstellen sich jedoch von dem deutschen deutlich unterscheiden. In Estland werde ein Richter in beiden existierenden Instanzen vom Präsidenten des obersten Gerichts auf Vorschlag des Senats des obersten Gerichtshofes ernannt. Die Benennung erfolge ohne Einfluss oder Mitwirkung von politischen Gremien, einem estnischen Richter sei es sogar verboten, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Auch das formelle Recht, zum Beispiel das Strafprozessrecht, wo es in Estland eine Art Parteiprozess gebe, unterscheide sich sehr vom deutschen System.

Am Nachmittag stattet der Ausschuss dem neu gebauten **Gefängnis für Nordostestland in Tartu** einen Besuch ab und führt ein Gespräch mit dem Gefängnisdirektor Herrn Andrus Kõre.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung nach dem Rückflug des Ausschusses nach Deutschland am Freitag, 3. September 2004, um 12:15 Uhr.

gez. Monika Schwalm  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin